

November 2016

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studiensteckbrief.....	1
Zusammenfassung	2
US-Präsidentschaftswahl: Clinton trotz Einbußen klare Favoritin der Deutschen	3
Bundesbürger rechnen bei Wahlsieg Trumps mit einer Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen	4
Kaum Vertrauen in die Türkei als Partner für Deutschland	5
Skepsis gegenüber CETA-Abkommen	6
Regierungskoalition in der Kritik	9
Kritik an fehlender Lösungsorientierung und der Rolle der CSU in der Großen Koalition.....	10
Politikerzufriedenheit: Viele Regierungsmitglieder schwächer	11
Sonntagsfrage: Große Koalition stabil	14
Regierungskoalitionen: Dreier-Konstellationen überzeugen nicht	16

ARD – DeutschlandTREND November 2016

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studiensteckbrief

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.005 Befragte Sonntagsfrage: 1.505 Befragte	
Erhebungszeitraum	31. Oktober bis 2. November 2016	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Rund eine Woche vor der Präsidentschaftswahl in den USA bevorzugen drei Viertel der Deutschen (75 Prozent) Hillary Clinton. Lediglich 4 Prozent sprechen sich für den Republikaner Donald Trump aus. Clinton verliert im Vergleich zum Oktober merklich (-11 Punkte), während der Anteil der Unentschiedenen zunimmt (20 Prozent, +13). Bei einem Wahlsieg Trumps erwarten gut drei Viertel (77 Prozent) der Bundesbürger eine Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Sollte Clinton Präsidentin werden, rechnet hingegen die Mehrheit der Deutschen (80 Prozent) mit weitgehender Konstanz im deutsch-amerikanischen Miteinander.

Nach der Reaktion der türkischen Regierung auf den gescheiterten Militärputsch sind die Beziehungen zur Türkei angespannt. Das ohnehin schon geringe Vertrauen in die Türkei als Partner für Deutschland ist nach Berichten über das zunehmend harte Vorgehen der türkischen Regierung gegenüber kritischen Medien und Oppositionellen in diesem Monat nochmals leicht zurückgegangen: Derzeit halten nur 6 Prozent der Bundesbürger (-1 Punkt im Vergleich zum Juli) die Türkei für einen vertrauenswürdigen Partner. 93 Prozent finden hingegen, dass man der Türkei nicht vertrauen kann.

Beim Freihandelsabkommen CETA überwiegen nach Ansicht von 39 Prozent die positiven Seiten für Deutschland. 32 Prozent der Bürger befürchten eher Nachteile. Jeder Vierte (25 Prozent) gibt an, dies nicht beurteilen zu können. Die Befürworter des Abkommens zwischen Kanada und der EU argumentierten vor allem mit wirtschaftlichen Vorteilen. Dieser Meinung folgen vier von zehn Deutschen (41 Prozent), ein Drittel (35 Prozent) erwartet hingegen keine ökonomische Vorteile. Die Sorge, dass CETA den Verbraucherschutz in Deutschland schwächen wird, teilt gut die Hälfte der Bevölkerung (53 Prozent). Ein Drittel (32 Prozent) sieht hingegen keinen Anlass zur Beunruhigung.

Die Kritik an der Bundesregierung hat in den letzten vier Wochen zugenommen: Aktuell sind gut vier von zehn Bürgern (43 Prozent, - 5) zufrieden, 56 Prozent (+4) äußern sich hingegen kritisch. 94 Prozent fordern von den Koalitionspartnern ein stärkeres Bemühen um gemeinsame Lösungen ein. 76 Prozent würden es begrüßen, wenn sich die Koalition auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten verständigen würde.

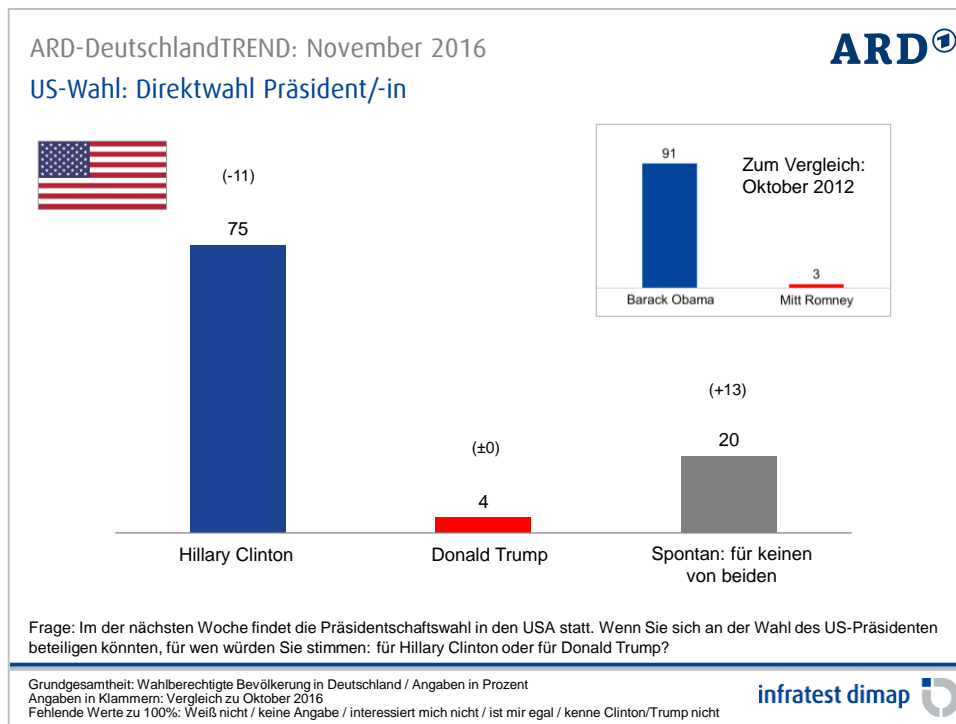
Die politische Stimmung ist in diesem Monat weitgehend unverändert. Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, kämen CSU/CDU unverändert auf 33 Prozent. Auch die SPD ist stabil mit 22 Prozent. Im Vergleich zur Bundestagswahl bedeutet das für beide Regierungsparteien ein deutliches Minus in der Wählergunst. Die AfD verliert leicht, bleibt mit 13 Prozent (-1) aber weiterhin drittstärkste Kraft. Knapp dahinter liegen die Grünen mit 12 Prozent (+1). Die Linke (9 Prozent) und die FDP (6 Prozent) halten ihre Stimmenanteile konstant.

Eine Fortsetzung von Schwarz-Rot genießt die größte Unterstützung der Bundesbürger, wobei die Meinungen geteilt sind. Die eine Hälfte (48 Prozent) kommt zu einem positiven Urteil, während die andere Hälfte (50 Prozent) einer Fortsetzung der amtierenden Koalition kritisch gegenübersteht. Allerdings sehen die Bundesbürger derzeit keine überzeugenden Alternativen zur Großen Koalition, da alle abgefragten Alternativen lediglich von etwa einem Drittel positiv bewertet werden. Dies gilt auch für Schwarz-Grün, das sogar deutlich an Rückhalt verliert (36 Prozent, -10 Punkte im Vergleich zum September).

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des aktuellen ARD-DeutschlandTREND 2016, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

US-Präsidentschaftswahl: Clinton trotz Einbußen klare Favoritin der Deutschen

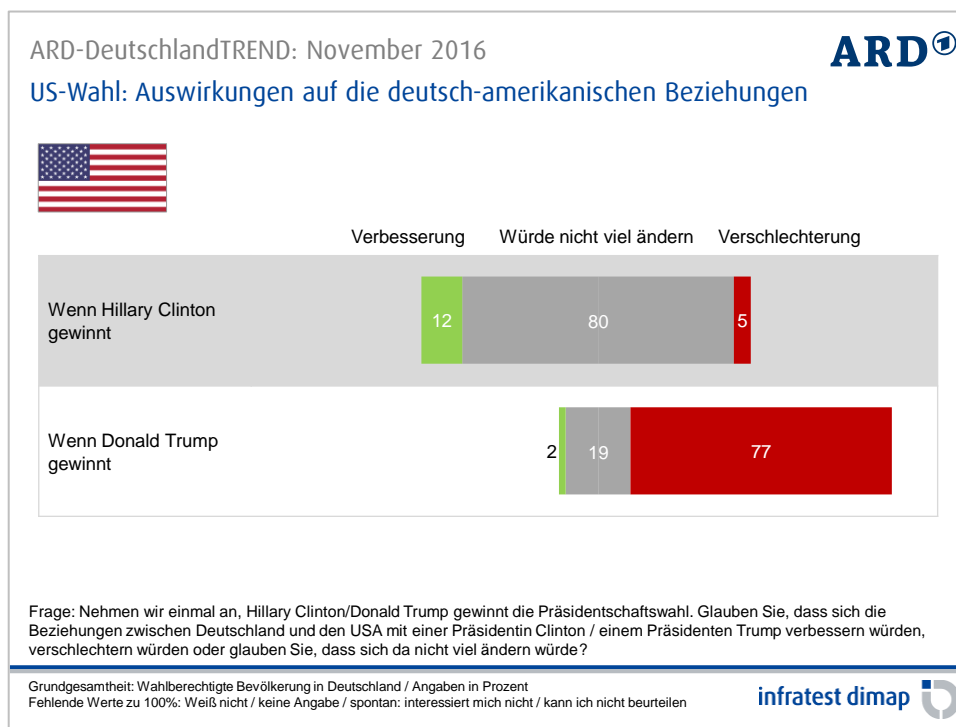
Rund eine Woche vor der Präsidentschaftswahl in den USA liegen die Präferenzen der deutschen Bevölkerung klar bei Hillary Clinton. Wenn sich die Bundesbürger an der Wahl des US-Präsidenten beteiligen könnten, würden sich 75 Prozent für die Kandidatin der Demokraten entscheiden. Lediglich 4 Prozent sprechen sich für Donald Trump aus. Während der Republikaner auf sehr niedrigem Niveau verharret und nur von Anhängern der AfD in Deutschland nennenswert unterstützt wird (24 Prozent). Clinton verliert im Vergleich zum Oktober merklich (-11 Punkte), während der Anteil derer, die sich für keinen der beiden entscheiden können oder wollen zunimmt (20 Prozent, +13).



Bundesbürger rechnen bei Wahlsieg Trumps mit einer Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen

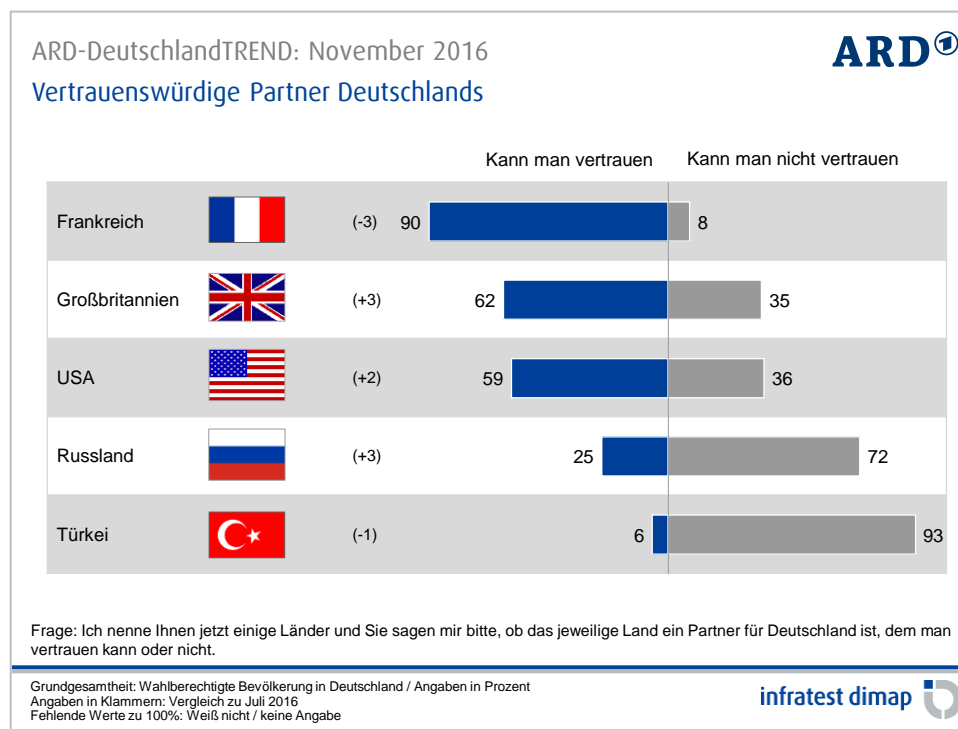
Einer der Gründe für die große Skepsis gegenüber Donald Trump dürfte darin liegen, dass gut drei Viertel (77 Prozent) der Bundesbürger im Falle seiner Wahl zum US-Präsidenten eine Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen erwarten. Rund ein Fünftel (19 Prozent) geht davon aus, dass sich mit Trump an der Spitze im transatlantischen Verhältnis nicht viel ändern würde. Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Deutschland erwartet im Falle seiner Wahl kaum jemand (2 Prozent).

Sollte Hillary Clinton zur Präsidentin der Vereinigten Staaten gewählt werden, rechnet hingegen die Mehrheit der Deutschen (80 Prozent) mit weitgehender Konstanz im deutsch-amerikanischen Miteinander. 12 Prozent erwarten sogar eine Verbesserung der Beziehungen beider Länder. Lediglich 5 Prozent befürchten negative Auswirkungen auf das deutsch-amerikanische Verhältnis.



Kaum Vertrauen in die Türkei als Partner für Deutschland

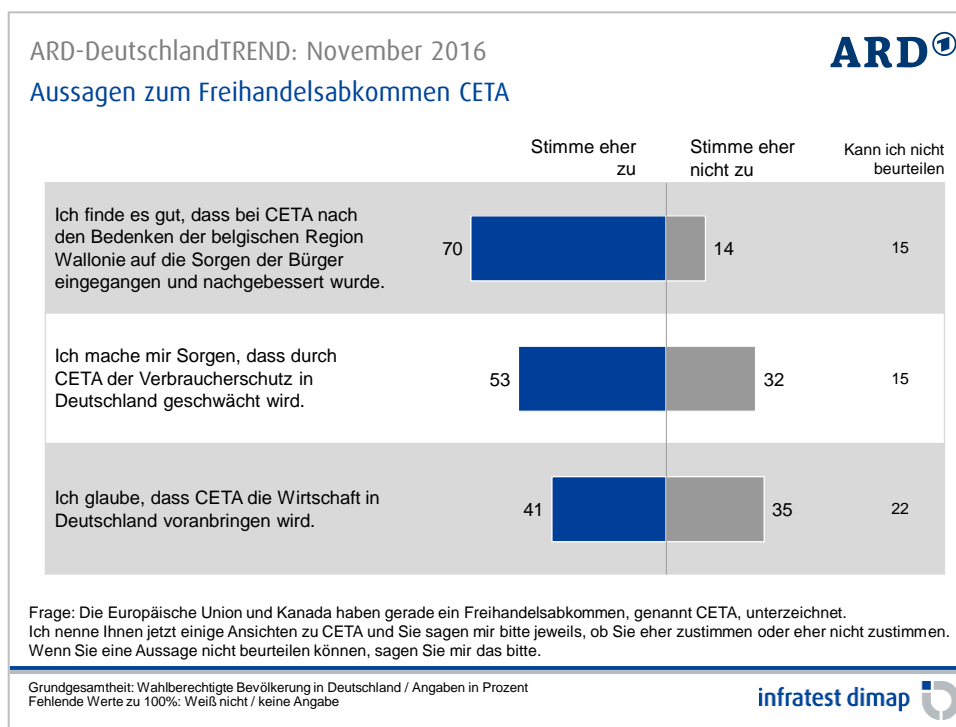
Nach der Reaktion der türkischen Regierung auf den gescheiterten Militärputsch sind die Beziehungen zur Türkei angespannt. Das ohnehin schon geringe Vertrauen in die Türkei als Partner für Deutschland ist in diesem Monat nochmals leicht zurückgegangen. Nach Berichten über das zunehmend harte Vorgehen der türkischen Regierung gegenüber kritischen Medien und Oppositionellen sowie Erwägungen, die Todesstrafe wiedereinzuführen, halten derzeit nur 6 Prozent der Bundesbürger (-1 Punkt im Vergleich zum Juli) die Türkei für einen vertrauenswürdigen Partner. 93 Prozent finden hingegen, dass man der Türkei nicht vertrauen kann.



Nahezu ungebrochen hoch ist das Vertrauen der Deutschen in Frankreich (90 Prozent, -3). Das Vertrauen in die britischen Nachbarn, das nach dem Brexit-Votum um 10 Prozentpunkte eingebrochen war, hat sich seit dem Sommer hingegen nur geringfügig erholt (62 Prozent, +3). Nach dem Gipfeltreffen zwischen Bundeskanzlerin Merkel und dem russischen Präsidenten Putin, der im Oktober das erste Mal seit vier Jahren Berlin besucht hat, ist das Vertrauen der Bundesbürger in Russland leicht gestiegen (25 Prozent, +3). Die Zahl derer, die Russland eher abwartend gegenüber stehen, überwiegt jedoch weiter deutlich. Das Vertrauen der Bundesbürger in den transatlantischen Partner USA, liegt kurz vor der Wahl des neuen US-Präsidenten bei 59 Prozent (+2).

Skepsis gegenüber CETA-Abkommen

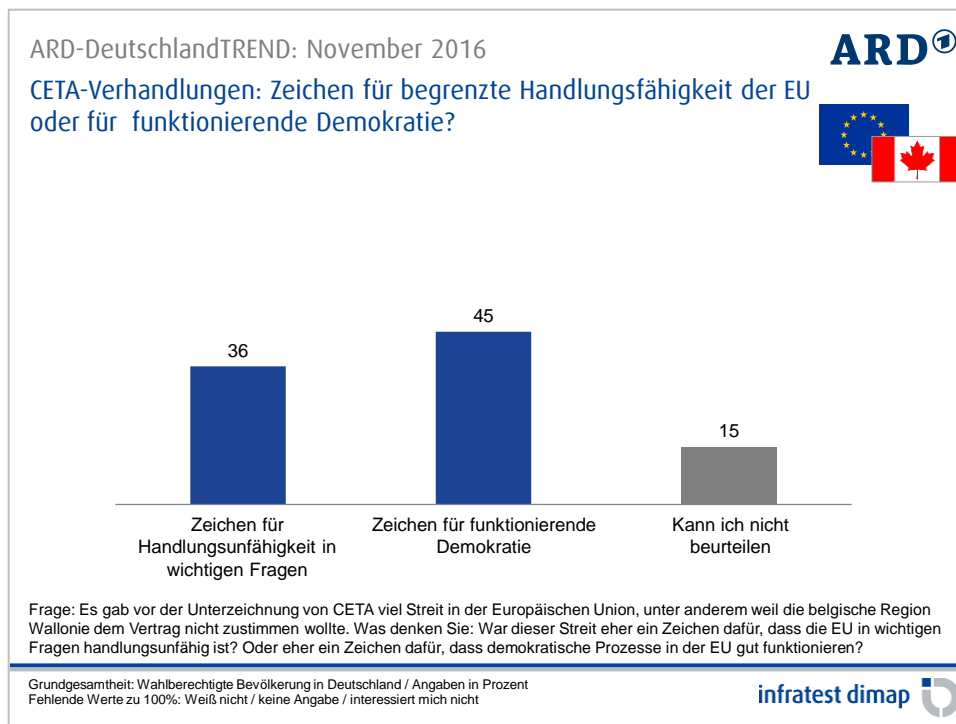
Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen Kanada und der Europäischen Union wäre die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens beinahe gescheitert, weil Belgien wegen der Bedenken des wallonischen Regionalparlaments nicht zustimmen konnte. Nach erneuten Beratungen und einigen Ergänzungen zum Vertragswerk kam die Unterzeichnung doch noch zustande. Dass aufgrund der Bedenken der belgischen Region Wallonie nachgebessert wurde, findet den Beifall einer breiten Mehrheit (70 Prozent) der Bundesbürger.



Ein zentraler Aspekt, der von den Kritikern des Freihandelsabkommens immer wieder ins Feld geführt wurde, ist die Befürchtung, dass CETA den Verbraucherschutz in Deutschland schwächen wird. Diese Sorge teilt gut die Hälfte der Bevölkerung (53 Prozent), ein Drittel (32 Prozent) sieht hingegen keinen Anlass zur Beunruhigung.

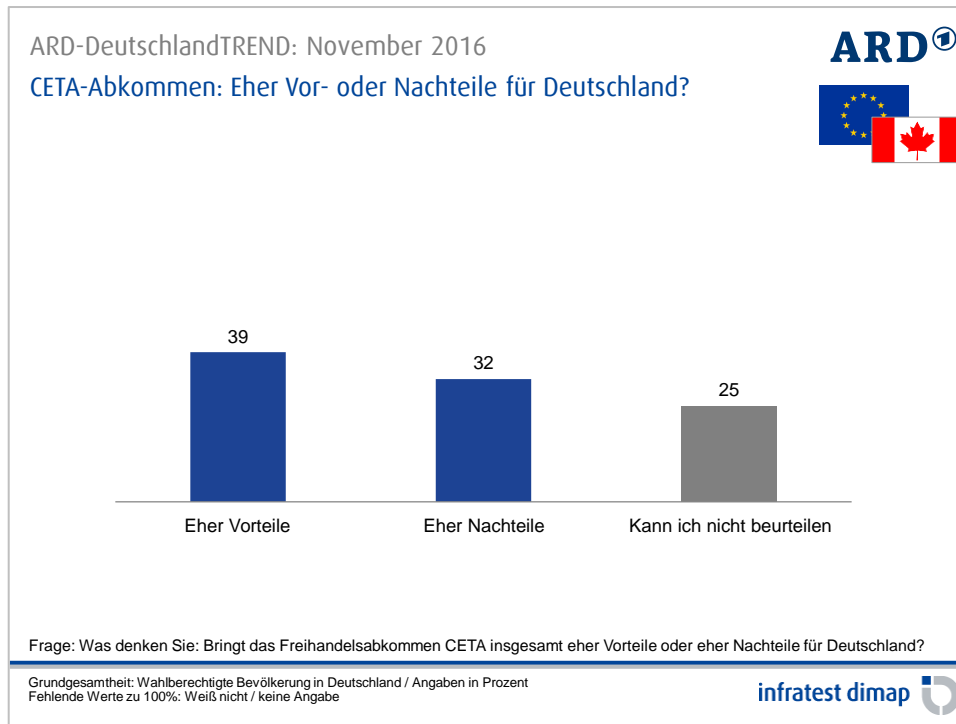
Die Befürworter des Abkommens zwischen Kanada und der EU argumentierten vor allem mit wirtschaftlichen Vorteilen. Dieser Meinung folgen vier von zehn Deutschen (41 Prozent), ein Drittel (35 Prozent) erwartet hingegen keine ökonomische Vorteile. Weitere 22 Prozent sehen sich außer Stande, die Frage zu beantworten.

In der Europäischen Union gab es vor der Unterzeichnung von CETA viel Diskussionen über das Pro und Kontra. Von mancher Seite in der Öffentlichkeit wurden diese Debatten als Zeichen für die Handlungsunfähigkeit der EU in wichtigen Fragen gewertet. Dem schließt sich ein gutes Drittel an (36 Prozent). Knapp die Hälfte (45 Prozent) sieht darin jedoch ein Zeichen für funktionierende demokratische Prozesse in der EU.



Dass die Auseinandersetzungen im Vorfeld von CETA eher ein Indiz für das Funktionieren der Demokratie sind, ist Konsens in fast allen Parteienhängerschaften. Lediglich die Wähler der AfD sehen darin mehrheitlich ein Zeichen für Handlungsunfähigkeit.

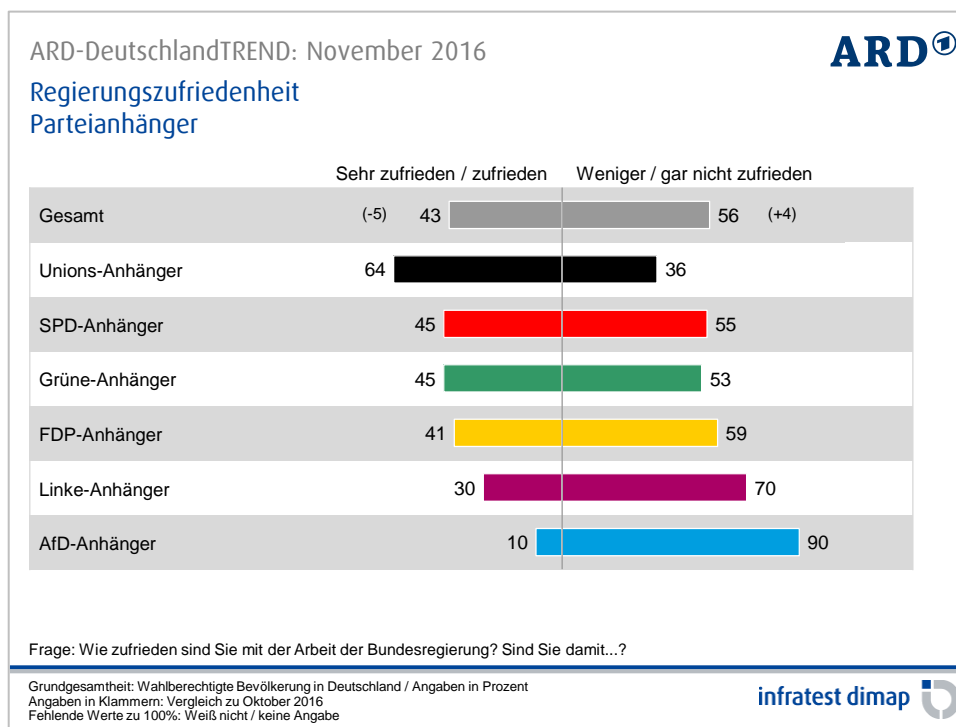
Ob das Freihandelsabkommen für Deutschland eher Vorteile oder eher Nachteile bringen wird, ist bei den Bürgern umstritten. Nach Ansicht von 39 Prozent überwiegen die positiven Seiten, 32 Prozent befürchten eher Nachteile. Jeder vierte Bürger (25 Prozent) gibt an, dies nicht beurteilen zu können.



Die Anhänger von FDP, Union und SPD glauben eher an positive Effekte, während die Wähler der Linken und der AfD eher Nachteile befürchten. Im Lager der Grünen halten sich beide Einschätzungen die Waage.

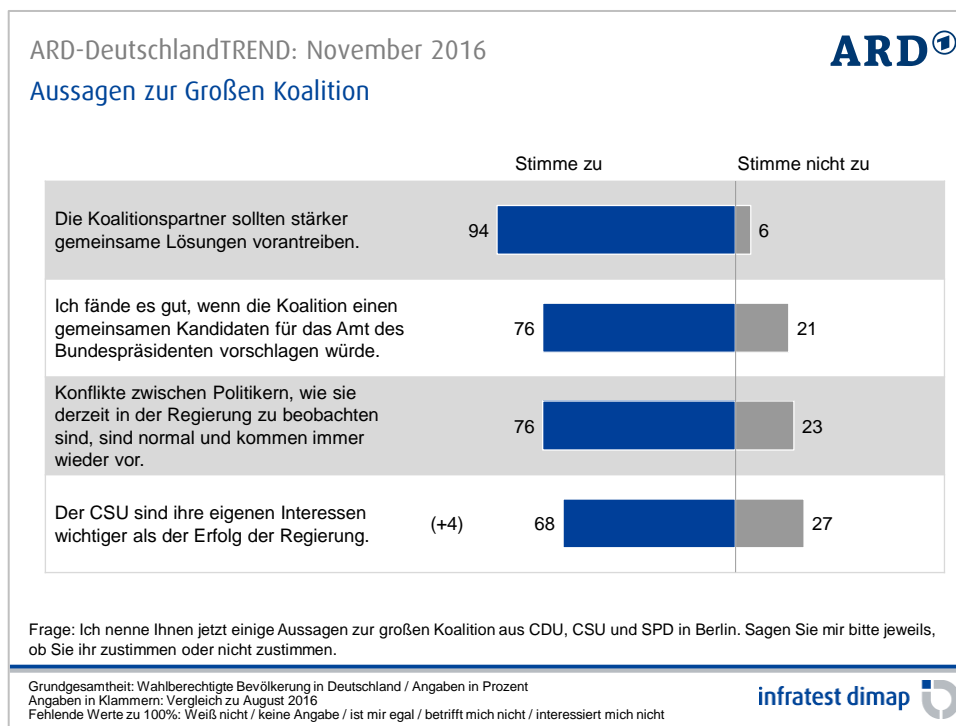
Regierungskoalition in der Kritik

Die Kritik an der schwarz-roten Bundesregierung hat in den letzten vier Wochen zugenommen: Aktuell sind gut vier von zehn Bürgern (43 Prozent, - 5) zufrieden mit der Arbeit des Berliner Kabinetts, 56 Prozent (+4) äußern sich hingegen kritisch. Klare Unterstützung erhält die Regierung lediglich von Anhängern der Union (64 Prozent). Im Lager des Koalitionspartners SPD überwiegen hingegen die negativen Stimmen (45:55 Prozent). Auch die Anhänger aller anderen Parteien sind mehrheitlich unzufrieden mit der Arbeit der Großen Koalition. Dies gilt insbesondere für die Anhänger der Linken (30:70 Prozent) und der AfD (10:90 Prozent).



Kritik an fehlender Lösungsorientierung und der Rolle der CSU in der Großen Koalition

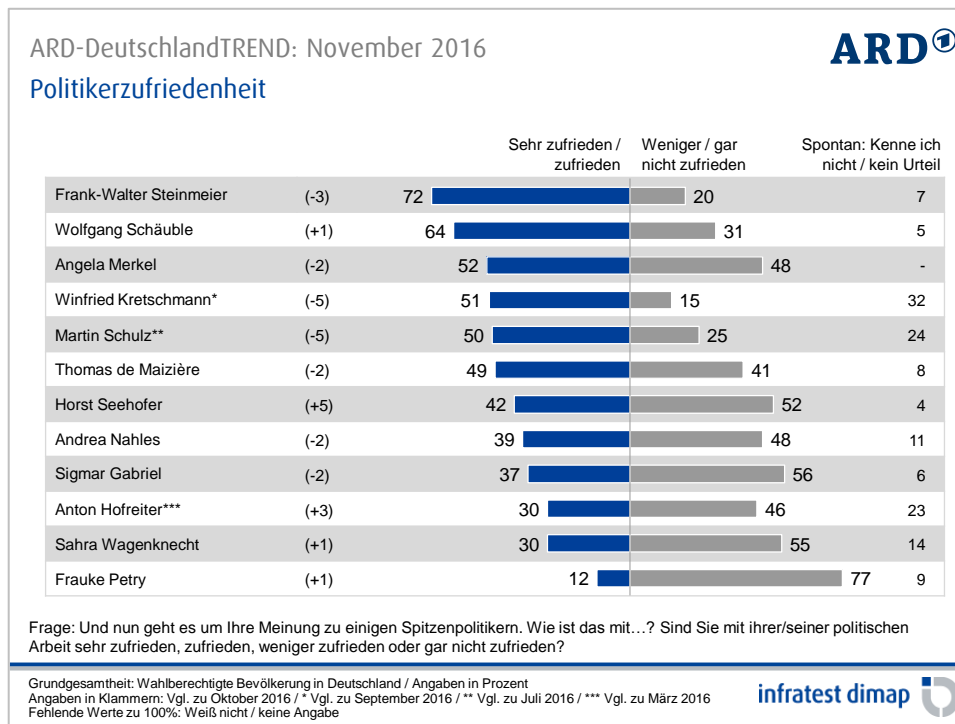
Ein entscheidender Grund für die Kritik an der Bundesregierung dürfte die in den Augen der Bundesbürger unzureichende Problemlösungsorientierung des Kabinetts sein. Nahezu einhellig wünschen sich die Bundesbürger (94 Prozent), dass die Koalitionspartner sich stärker um gemeinsame Lösungen bemühen. Der Wunsch nach mehr Zusammenarbeit kommt auch darin zum Ausdruck, dass es eine Dreiviertelmehrheit (76 Prozent) begrüßen würde, wenn sich die Koalition auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten verständigen würde. Diese Meinung teilen gut acht von zehn Anhängern der Union bzw. der SPD.



Auch wenn Konflikte zwischen Politikern, wie sie derzeit in der Regierung zu beobachten sind, mehrheitlich (76 Prozent) als normal bewertet werden, wird die Rolle der CSU in der Regierung durchaus kritisch gesehen. Zwei Drittel der Deutschen (68 Prozent, +4 im Vergleich zum August) sind der Ansicht, dass der CSU die eigenen Interessen wichtiger sind, als der Erfolg der Bundesregierung. Diese Meinung teilt auch knapp jeder zweite Anhänger der CSU in Bayern (45 Prozent).

Politikerzufriedenheit: Viele Regierungsmitglieder schwächer

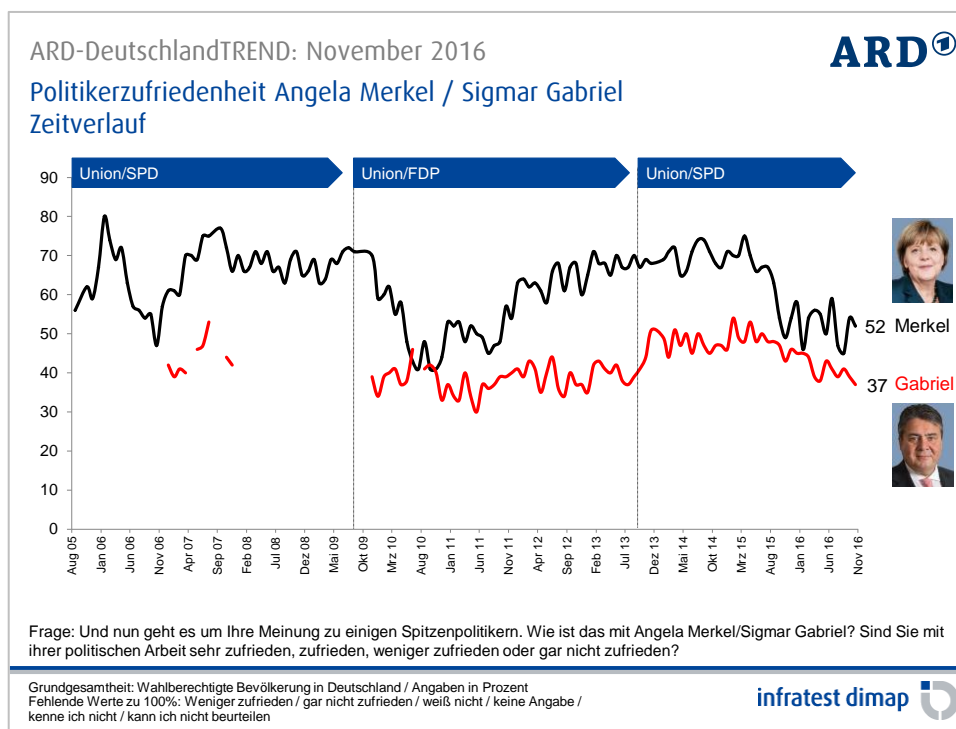
Die geringere Zufriedenheit mit der Bundesregierung spiegelt sich auch in einer etwas schwächeren Bewertung der meisten abgefragten Kabinettsmitglieder wider. Außenminister Frank-Walter Steinmeier kann trotz eines leichten Verlustes von 3 Punkten im Vergleich zum Vormonat seinen Spitzenplatz behaupten. Mit seiner Arbeit zeigen sich 72 Prozent der Bevölkerung zufrieden. Ihm folgt, wie schon im Vormonat, Finanzminister Wolfgang Schäuble mit 64 Prozent Zustimmung (+1). Mit einigem Abstand nimmt Bundeskanzlerin Angela Merkel den dritten Rang ein. Sie wird derzeit von 52 Prozent (-2) für ihre Leistungen gelobt. Knapp hinter der Regierungschefin rangiert der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit einem Wert von 51 Prozent, im Vergleich zum September dieses Jahres ein Minus von 5 Punkten. Verluste in gleicher Größenordnung seit Juli 2016 muss der Präsident des EU-Parlaments Martin Schulz hinnehmen. Er erreicht einen Zufriedenheitswert von 50 Prozent. Innenminister Thomas de Maizière muss im Vergleich zum Vormonat 2 Punkte abgeben und landet bei 49 Prozent.



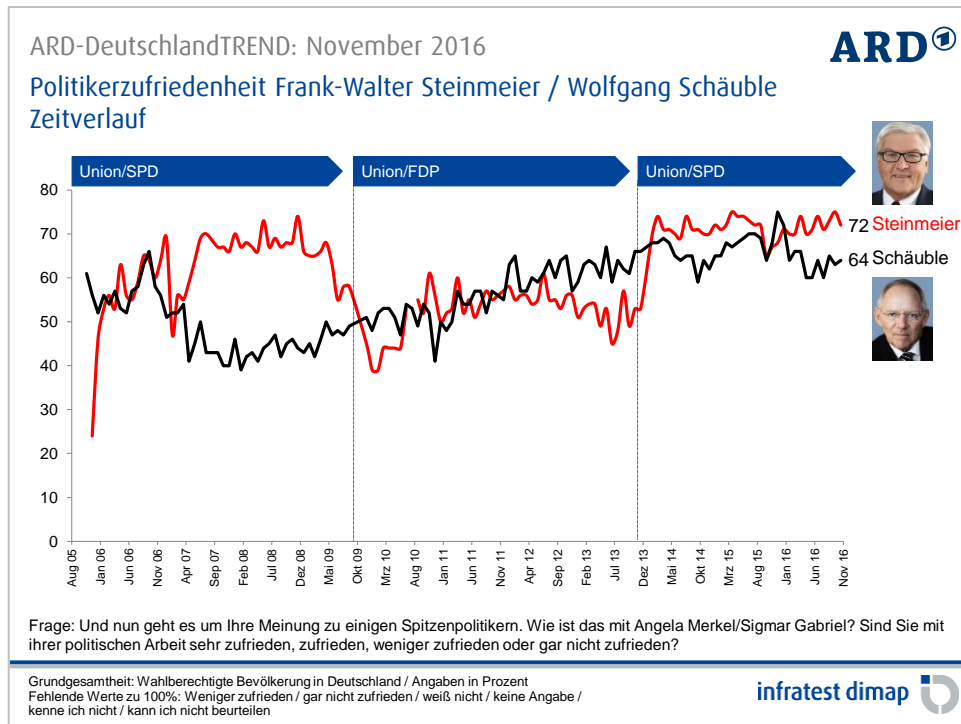
Merklich verbessert hat sich der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, mit dessen Arbeit 42 Prozent (+5 Punkte) einverstanden sind. Mit Arbeitsministerin Andrea Nahles sind 39 Prozent (-2) zufrieden. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel kommt auf 37 Prozent Zustimmung, ein Minus von 2 Punkten gegenüber dem Vormonat. Für den Chef der Sozialdemokraten bedeutet dieses Ergebnis den schlechtesten Wert seit August 2013. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen Andreas Hofreiter erzielt hingegen mit 30 Prozent, ein Plus von 3 Punkten im Vergleich zum März diese Jahres, einen neuen Spitzenwert.

Gleichauf mit dem Grünen-Politiker liegt die Fraktionsvorsitzende der Linken Sahra Wagenknecht (+1). Am Ende der Skala rangiert mit 12 Prozent (+1) die Vorsitzende der AfD Frauke Petry.

Die Sympathiekurven der beiden Spitzen der Großen Koalition zeigen seit Sommer 2015 mit gewissen Schwankungen einen deutlichen Trend nach unten, wobei Bundeskanzlerin Merkel stets vor Wirtschaftsminister Gabriel lag.

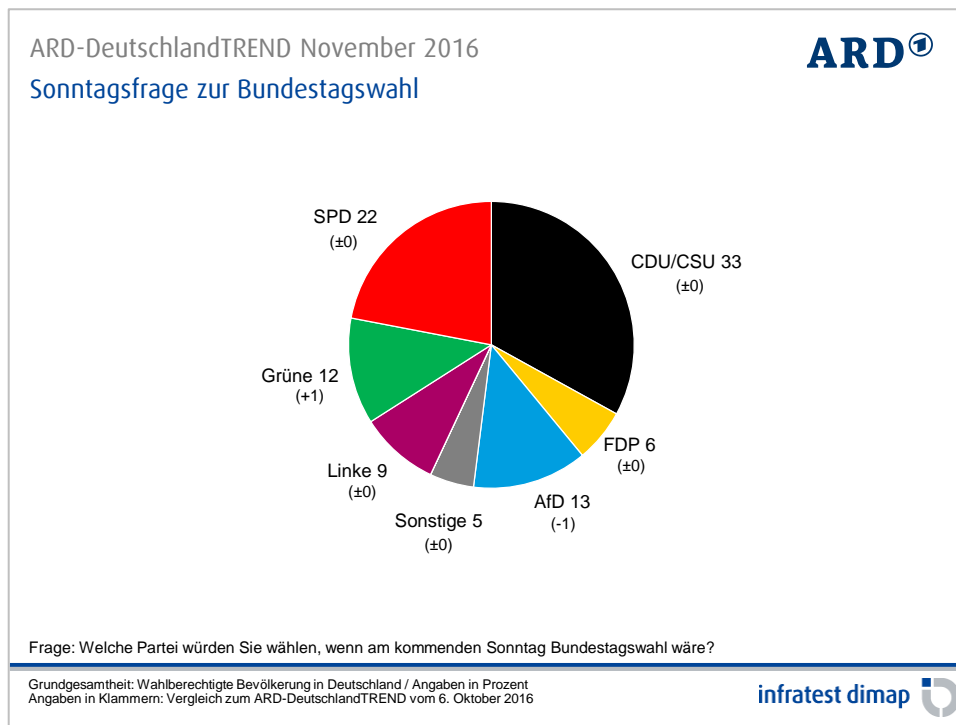


Anders sieht die Entwicklung bei Außenminister Steinmeier und Finanzminister Schäuble aus, die als mögliche Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten im Gespräch sind. Ihre aktuellen Werte entsprechen in etwa denen zu Beginn der Legislatur, wobei der Außenminister meist höher Beliebtheitswerte vorweisen kann.



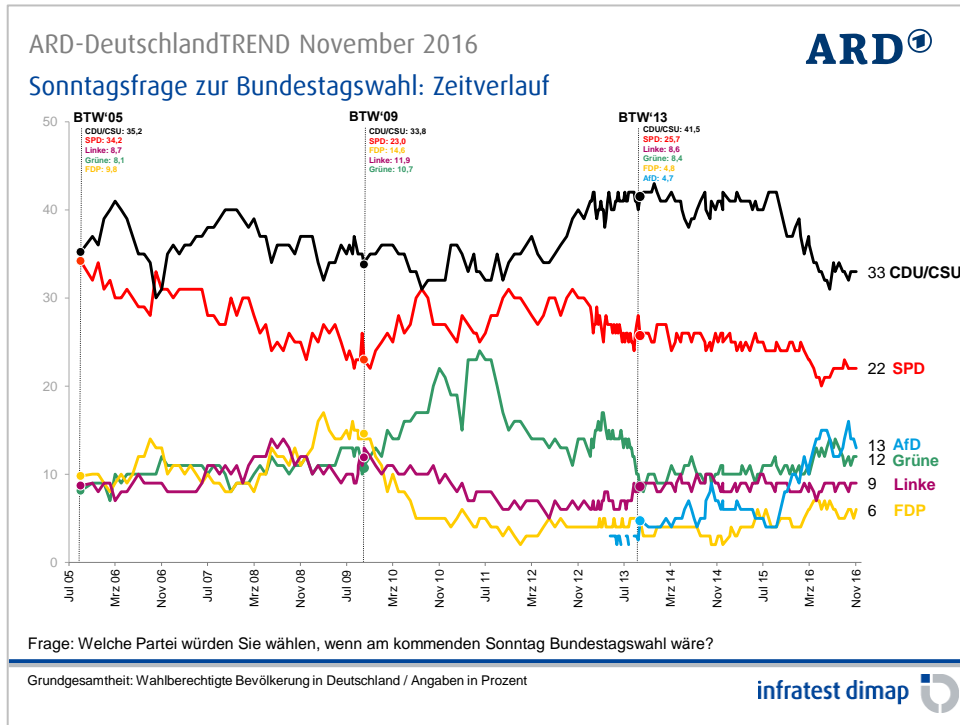
Sonntagsfrage: Große Koalition stabil

Die politische Stimmung ist in diesem Monat weitgehend unverändert. Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, kämen CDU und CSU wie im Vormonat auf einen Wähleranteil von 33 Prozent. Auch die SPD ist mit 22 Prozent stabil. Im Vergleich zur Bundestagswahl bedeutet das für beide Regierungsparteien aber ein deutliches Minus in der Wählergunst. Als einzige Partei in diesem Monat verliert die AfD leicht, bleibt mit 13 Prozent (-1) aber weiterhin drittstärkste Kraft. Knapp dahinter liegen die Grünen mit 12 Prozent, ein leichtes Plus von 1 Punkt. Die Linke (9 Prozent) und die FDP (6 Prozent) halten ihre Stimmenanteile konstant. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 5 Prozent der Stimmen.



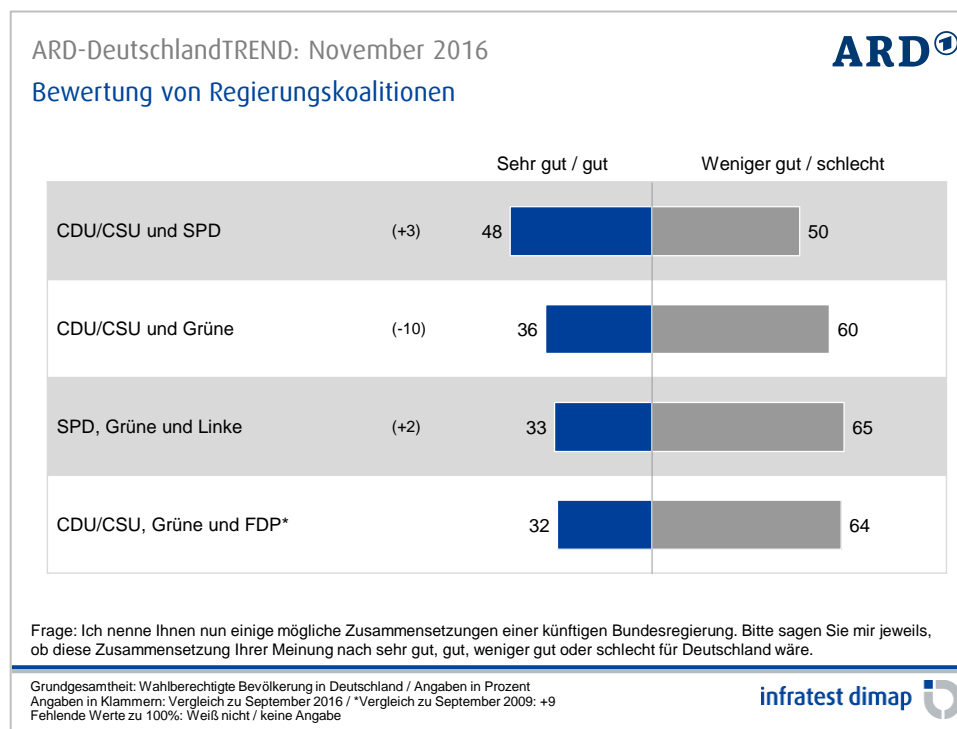
Wäre dies das Ergebnis eines Urnengangs, wäre neben einer Fortführung von Schwarz-Rot auch eine sogenannte „Jamaika“-Koalition aus Union, Grünen und FDP möglich. Weder ein Bündnis aus SPD, Grünen und Linken noch eine schwarz-grüne Koalition hätten hingegen eine Mehrheit.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.



Regierungskoalitionen: Dreier-Konstellationen überzeugen nicht

Eine Fortsetzung von Schwarz-Rot genießt die größte Unterstützung der Bundesbürger, wobei die Meinungen geteilt sind. Die eine Hälfte (48 Prozent) kommt zu einem positiven Urteil, während die andere Hälfte (50 Prozent) einer Fortsetzung der amtierenden Regierungskonstellation kritisch gegenübersteht. Allerdings sehen die Bundesbürger derzeit keine überzeugenden Alternativen zur Großen Koalition, da alle abgefragten Alternativen lediglich von etwa einem Drittel positiv bewertet werden. Am ehesten würden die Deutschen ein Bündnis aus Union und Grünen in Betracht ziehen, das derzeit jedoch nicht über eine rechnerische Mehrheit verfügen würde. Auch wird ein schwarz-grünes Bündnis im Vergleich zum September deutlich zurückhaltender bewertet (36 Prozent, -10), wobei insbesondere die Anhänger der Grünen deutlich weniger offen für Schwarz-Grün sind als noch vor zwei Monaten.



Von einem Bündnis aus SPD, Grünen und Linken erwartet ein Drittel der Bürger (33 Prozent, +2) positive Impulse für Deutschland. Ein rot-rot-grünes Bündnis würde derzeit aber ebenfalls keine Mandatsmehrheit erzielen können. Eine rechnerisch mögliche „Jamaika-Koalition“ erhält mit 32 Prozent derzeit ähnliche Unterstützung wie rot-rot-grün.

Anders als noch im September sehen die Unions-Anhänger ein erneutes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten (71 Prozent sehr gut bzw. gut) positiver als ein Bündnis mit den Grünen (62 Prozent) - auch wenn eine Mehrheit der Unionsanhänger eine Koalition mit den

Grünen durchaus für einen gangbaren Weg hält. In der SPD-Anhängerschaft findet eine Neuaufgabe der Großen Koalition (55 Prozent) ebenfalls etwas größeren Zuspruch als ein Dreier-Bündnis mit Grünen und Linken (49 Prozent).

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert